Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugspreis
halbmonatlich 1.— M.
Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- u. Feiertag, mittags.

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83
Postscheckkonto Nr 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis:
Preis für die 1spaltige Millimeterzeile od. deren Raum für Stadt und Landkreis Herford 10 Goldpfennig; Reklamen 50 Goldpfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 48 — Herford, Dienstag, den 26. Februar 1924 — 42. Jahrgang

Beamtenabbau in Preußen.

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Höpker-Aschoff,
Abg. der demokr. Partei für Südwestfalen.

Beim dritten Anlauf ist es der preußischen Regierung endlich gelungen, die Personalabbauverordnung im Ständigen Ausschuß des Landtages durchzusetzen. Die Maßnahmen zur Durchführung des Personalabbaues sind die gleichen wie im Reiche. Die Altersgrenze von 65 Jahren wird allgemein eingeführt, auch bei den Richtern. Beamte, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden. Jüngeren Beamten, die freiwillig ausscheiden, kann eine Abfindungssumme gewährt, oder aber für den Fall späterer Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres ein Ruhegehalt zugesichert werden. Aber härter und bedeutsamer als alle diese Maßnahmen ist die letzte: Beamte können mit Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Angestellte und Arbeiter können ohne Rücksicht auf die bestehenden Verträge gegen Abfindung entlassen werden.

Bei der Auswahl der Beamten, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, und der Arbeitnehmer, die entlassen wurden, ist der Wert der dienstlichen Leistungen entscheidend. Bei gleichwertigen Leistungen sind der Familienstand und die wirtschaftlichen Verhältnisse maßgebend; doch sollen dabei Beamte, deren Ehegatten einen dauernden gesicherten Erwerb haben und Beamte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, vorweg ausgewählt werden. Die Reichsverordnung enthält noch die Bestimmung, daß die verheirateten weiblichen Beamten schlechthin entlassen werden können, der Ständige Ausschuß hat sich nicht entscheiden können, diese Bestimmung auch für Preußen zu übernehmen und die Frauen unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, er hat allerdings bestimmt, daß verheiratete weibliche Beamte, deren wirtschaftliche Versorgung gewährleistet ist, zunächst ausgeschieden werden sollen (sofern nicht der Wert ihrer dienstlichen Leistungen der höhere ist), und daß ihr Anspruch auf Wartegeld so lange ruht, wie ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert ist.

Der Ständige Ausschuß hat sich bemüht, die Beamten gegen unrechtmäßige Versetzung in den einweiligen Ruhestand nach Möglichkeit zu sichern. Vor der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist dem Beamten und auf seinen Antrag auch der Beamtenvertretung Gelegenheit zur Aeußerung zu geben. Weiter ist dem Beamten das Recht eingeräumt, gegen die Versetzung Einspruch zu erheben mit der Begründung, daß die Versetzung mit Rücksicht auf politische oder konfessionelle Betätigung oder Betätigung in Berufsvereinen oder mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zu einem politischen, konfessionellen oder Berufsverein erfolgt sei. Der Einspruch, der keine aufschiebende Wirkung hat, kann nur vom Staatsministerium zurückgewiesen werden. Will das Staatsministerium ihn zurückweisen, so hat es vorher einen Ausschuß zu hören, der aus Mitgliedern des Kammergerichts und des Oberverwaltungsgerichts besteht und in seiner Besetzung von drei Mitgliedern entscheidet. Von dem Gutachten des Ausschusses darf das Staatsministerium nur abweichen, wenn es dies mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller Staatsminister beschließt.

Das Einspruchsrecht ist lebhaft umstritten worden. Die Staatsregierung hat sich zunächst gegen jedes Einspruchsrecht gewehrt und erst nachgegeben, als der Ausschuß nicht locker ließ. Vielleicht wäre es aber besser gewesen, einen anderen Weg zu gehen, nämlich der Verwaltungsbehörde zur Pflicht zu machen, vor der Durchführung des Personalabbaues den Abbauplan mit einem Vertrauensausschuß der Beamten zu besprechen, und die Entscheidung in allen Fällen, in den die Behörden von den Gutachten des Vertrauensausschusses abweichen wollen, dem Staatsministerium zu überlassen. Dann wäre ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Verwaltung und der betroffenen Beamten erreicht worden.

Die Personalabbauverordnung gilt auch für die Lehrer und die Beamten und Arbeitnehmer der Kommunalverwaltung. Bei den Beamten der Kommunalverwaltung geht der Einspruch an einen Ausschuß von drei Richtern und Verwaltungsrichtern, der in jeder Provinz gebildet wird und endgültig über den Einspruch entscheidet. Die sogenannten Dauerangestellten der Kommunalverwaltung werden in mancher Hinsicht wie Beamte behandelt: sie haben das Recht des Einspruchs wie die Beamten, auch kann ihnen, wenn sie eine 10jährige Dienstzeit hinter sich haben, neben der Abfindung ein Ruhegehalt für den Fall späterer Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres zugesichert werden.

Das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitnehmern hat der Ständige Ausschuß nach den Grundsätzen der Billigkeit zu regeln versucht. Die Arbeitnehmer sollen vor den Beamten ausscheiden, wenn sie im wesentlichen gleichartige Dienste verrichten, es sollen andererseits nicht geringer entlohnte oder besoldete Personen durch höher entlohnte oder besoldete Personen ersetzt werden, die bisher höhere Dienste verrichtet haben, weil dieses den Grundsätzen vernünftiger Sparsamkeit widersprechen würde. In der Kommunalverwaltung sollen die Dauerangestellten andern Arbeitnehmern gegenüber als Beamte behandelt und im übrigen die Arbeitnehmer mit schlechteren Anstellungsbedingungen vor den Arbeitnehmern mit besseren Anstellungsbedingungen entlassen werden.

Durch alle die oben erwähnten Maßnahmen soll die Zahl der Beamten um 25 Prozent vermindert werden, und zwar um 15 Prozent schon bis zum 1. April 1924, im übrigen nach näherer Bestimmung des Staatsministeriums. Da viele Gemeinden bereits freiwillig einen Personalabbau eingeleitet haben, so kann bei ihnen eine bereits durchgeführte Verminderung in Anrechnung gebracht werden. Die nach dem 1. Oktober 1923 ausscheidenden Arbeitnehmer, sind im allgemeinen auf die Zahl der Beamten anzurechnen.

Für die Verminderung der Lehrer gelten besondere Bestimmungen. Das Maß des Abbaues soll hier durch das Staatsministerium bestimmt werden mit der Maßnahme, daß „die Verminderung unter steter Wahrung des Bildungs- und Kulturstandes in erster Linie durch organisatorische Maßnahmen herbeigeführt wird". Es erscheint sehr fraglich, ob diese Bestimmung, die alles dem Ermessen des Staatsministeriums überläßt, den Belangen des Lehrerstandes und der Schulen entspricht, und ob es nicht besser gewesen wäre, bei den Schulen einen festen aber niedrigeren Hundertsatz zu bestimmen.

Es ist sicherlich keinem Abgeordneten, der an den mühevollen Beratungen des Ausschusses teilgenommen hat, leicht geworden, der Personalabbauverordnung zuzustimmen, doch hat sich keine Partei der Notwendigkeit verschließen können, der Finanznot des Staates Rechnung zu tragen; so ist denn auch von keiner Partei Opposition erhoben worden. Daß die Zahl der Beamten und Angestellten stark zugenommen hat, kann leider nicht bestritten werden. In der preußischen Staatsverwaltung betrug die Zahl der Beamten am 1. April 1914 82 254 und nach dem Haushaltungsplan von 1923 106 160, ungerechnet 58 080 Beamte der Schutzpolizei; auch die Zahl der Hilfsbeamten und Angestellten hat erheblich zugenommen. Aehnlich liegen die Dinge in der Kommunalverwaltung. Anders hingegen bei den Lehrern: Die Zahl der Lehrer an den höheren Knabenschulen hat sich von 12 068 auf 12 536 und an den höheren Mädchenschulen von 5293 auf 5 903, also nur mäßig vermehrt, und die Zahl der Schüler und Schülerinnen ist noch stärker gewachsen. Die Zahl der Volksschullehrer hat sich von 112 000 auf 117 000 vermehrt. Da hier eine Verminderung der Schulkinderzahl von 5 900 000 auf 4 700 000 stattgefunden hat, so entfielen im Jahre 1914 auf eine Lehrkraft im Durchschnitt 52,7 Kinder, heute 40,2 Kinder. Auf alle Fälle kann die Inflation der Lehrerkräfte mit der Inflation der Beamten nicht in Vergleich gesetzt werden.

In allen Verwaltungen muß der Personalabbau von einem Verwaltungsabbau begleitet werden. Dieser Verwaltungsabbau ist überall in die Wege geleitet, es braucht nur an die Aenderung in der Organisation der Gerichte und den Plan einer Verwaltungsreform, durch den eine Instanz, entweder Oberpräsident oder Regierungspräsident beseitigt werden soll, erinnert zu werden. Für die Schulen ist es von entscheidender Bedeutung, wie dieser Verwaltungsabbau durchgeführt werden wird. Der Kultusminister will die Zahl der Schulstunden vermindern — das mag gehen, er will die Zahl der Pflichtstunden erhöhen —, das ist sehr bedauerlich, weil es die Leistungsfähigkeit der Lehrer und den Wert ihres Unterrichts beeinträchtigt, er will endlich die Klassenzahlen erhöhen — dagegen muß man sich mit allen Kräften wehren, vor allem im Westen des preußischen Staates, da wir hier bereits so hohe Klassenzahlen haben, daß eine weitere Erhöhung eine Gefahr für die Volksbildung bedeutet, und alle mühsam errungenen Fortschritte zunichte machen würde.

Im besetzten Gebiet soll die Personalabbauverordnung mit aller Schonung durchgeführt werden.

Das Neueste vom Tage

Aus Essen wird berichtet, daß seit einigen Tagen bei verschiedenen Werken des Ruhrgebietes ein ziemlich erheblicher Eingang von Aufträgen zu verzeichnen gewesen ist (Stabeisen, Bleche, Walzdraht).

Bei den gestrigen Besprechungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Micum" wurde beschlossen, die bisherigen Verträge bis zum 29. dieses Monats zu verlängern. Ein Antrag, die Kohlensteuer für die Ausfuhr aufzuheben, wurde von den Galliern abgelehnt.

Die Reichswehrtruppen in Thüringen haben den Befehl zum Abzug in ihre alten Garnisonen erhalten.

Der Präsident des Reichslandbundes, Abg. Dr. Roesicke, ist infolge eines Schlaganfalles gestorben.

Zwischen England und Deutschland ist ein Abkommen zustande gekommen zwecks Herabsetzung der 26prozentigen Reparationsabgabe auf 5 Prozent. Das Abkommen tritt heute in Kraft.

Der englische Staatssekretär für die Kolonien erklärte, daß die englische Regierung daran festhalte, in Palästina eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk zu schaffen.

Die Pariser bulgarische Gesandtschaft bestreitet die Nachricht, daß eine kommunistische Revolution in Bulgarien ausgebrochen sei.

Zum Münchener Hochverratsprozeß.

München, 25. Febr. In der am Dienstag früh beginnenden Verhandlung gegen Hitler und Genossen haben sich vor dem Volksgericht München I, das für diesen Fall das Gebäude der ehemaligen Kriegsschule in der Blutenburgstraße mit Beschlag belegt hat, zu verantworten:

Schriftsteller Adolf Hitler, geb. am 20. April 1889 in Braunau (Oberösterreich).

Exzellenz General der Inf. a. D. Erich Ludendorff, geb. am 9. April 1865 in Koncewicz.

Oberlandesgerichtsrat Ernst Poehner, geb. am 11. Januar 1870 in Hof i. B.

Oberamtmann Dr. Wilhelm Frick, geb. am 12. März 1877 in Alfenz.

Tierarzt Dr. Friedrich Weber, geb. am 30 Januar 1892 in Frankfurt a. M.

Hauptmann a. D. Ernst Röhm, geb. am 8. November 1887 in München.

Oberleutnant der Ref. a. D. Wilhelm Brückner.

Oberleutnant Robert Wagner, geb. am 13. Oktober 1895 in Lindsch.

Oberleutnant a. D. Hermann Kriebel, geb. am 20. Januar 1876 in Germersheim.

Oberleutnant a. D. Heinz Pernet, der Stiefsohn Ludendorffs, geb. am 1. September 1897 in Charlottenburg.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Neidhardt. Juristische Beisitzer sind Landgerichtsrat Leyendecker und Oberlandesgerichtsrat Simerding, denen drei Laienrichter beigegeben sind. Zwei davon gehören dem Kaufmannsstande an, einer ist Versicherungsbeamter. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Dr. Stenglein.

wtb. **München,** 25. Febr. Wie der „Völkische Kurier" meldet, sollen am Sonntag vier Schutzhaftgefangene in Landsberg in den Hungerstreik getreten sein. Die übrigen Schutzhaftgefangenen hätten beschlossen, heute ebenfalls in den Hungerstreik zu treten. Das Blatt schreibt dazu, daß die völkischen Führer nun seit vier Monaten der Freiheit beraubt seien und fordert nachdrücklich die Herausgabe der Schutzhaftgefangenen.

wtb. **München,** 25. Febr. Der Vizepräsident des Landtages, Abg. Auer, erhielt eine Vorlage von dem Ermittlungsrichter mit der Angabe, daß Auer von den Putschabsichten am 8. und 9. November Kenntnis hatte, die Behörden aber nicht in Kenntnis davon setzte.

wtb. **München,** 25. Febr. Die Angeschuldigten im Hitlerprozeß sind, soweit sie bisher in Landsberg am Lech im Gefängnis in Untersuchungshaft waren, heute nach München gebracht worden. Sie werden während der Dauer des Prozesses in besonderen Räumen der Infanterieschule, in der sich der Prozeß abspielt, untergebracht.

wtb. **München,** 25. Febr. Die Anordnung des Staatskommissars von München, die die Sicherheitsmaßnahmen für den Hitlerprozeß betrifft, wurde im Laufe des heutigen Tages in München angeschlagen. Neben dem Verbot politischer Versammlungen in der Nähe des Verhandlungs-

ortes und einem Verbot von Ansammlungen enthält die Anordnung Bestimmungen für die Sperrung des Fuhrwerks-, Radfahrer- und Fußgängerverkehrs in den umliegenden Straßen.

Ein deutscher Block.

Beschluß der D. D. P.

Nürnberg, 24. Febr. Die Deutsche demokratische Partei in Bayern hielt heute hier einen stark besuchten außerordentlichen Parteitag ab, der namentlich der Vorbereitung der Landtagswahlen galt. Als Vertreter der Leitung der Demokratischen Partei im Reiche wohnte Reichstagsabgeordneter Erkelenz der Tagung bei, auch Reichswirtschaftsminister Hamm war erschienen, ferner die Reichstagsabgeordneten Weiß und Fick und die gesamte demokratische Landtagsfraktion.

Erkelenz erklärte, daß trotz der wahrscheinlich kommenden Verstärkung der beiden extremen Flügel links und rechts die Demokratische Partei nachdrücklichst für Reichseinheit, Demokratie und Republik eintreten müsse.

Hamms Bericht verbreitete sich über die nächsten politischen Ziele und Pläne der Reichsregierung und über das gesamte Reparationsproblem. Abg. Hammerschmidt sprach über die Lage in Bayern vor den Landtagsneuwahlen. Dabei teilte er mit, daß der Deutsche Bauernbund in Franken (nicht zu verwechseln mit dem Bayerischen Bauernbund in Alt-Bayern und mit dem konservativ gerichteten Landbund in Franken) bereit sei, wieder mit der Deutschen demokratischen Partei für die Landtags- und für die Reichstagswahlen ein Wahlbündnis einzugehen, und zwar unter der Bezeichnung „Deutscher Block". Dieser Block solle eine Zusammenfassung aller reichstreuen und freiheitlichen Elemente in Bayern ohne Bindung über die Wahlen hinaus sein.

Nach lebhafter Aussprache wurde dieses Wahlabkommen vom Parteitag gebilligt und folgende Kundgebung beschlossen: „Der Parteitag hält die Schaffung eines Deutschen Blocks in Bayern für eine nationale Notwendigkeit. Er soll alle umfassen, die bereit und entschlossen sind, auf den Grundlagen der Reichs- und Landesverfassung für die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes und Reiches unter ausreichender Berücksichtigung der Lebenslage unseres Landes einzutreten. Nur durch opferbereites Zusammenwirken aller Volksschichten auf dem Boden einer organischen und freiheitlichen Entwicklung und eines gerechten sozialen Ausgleichs kann der Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Wiedererstarkung Deutschlands erfolgreich durchgeführt werden. Der Parteitag erachtet eine kraftvolle, wahrhaft deutsche Volksgemeinschaft für die unerläßliche Voraussetzung, um die nationale Widerstandskraft gegen die Bedrängungen des äußeren Feindes in der Pfalz, am Rhein und an der Ruhr zu erhalten und zu stärken und unseren Brüdern im besetzten Gebiet erfolgreich beizustehen und das Rheinland für Deutschland zu retten. Nur so können wir zu einer Milderung und schließlichen Beseitigung des Versailler Zwangsvertrages gelangen und den Tag der Freiheit vorbereiten. Der Parteitag sieht den deutschen Beruf Bayerns darin, daß es bei der Wahrung seiner eigenen Belange stets die Lage des großen Gesamtvaterlands berücksichtigt und sich dem Ziele eines einigen, wiedererstarkten Großdeutschlands einordnet."

Nach eingehender Aussprache wurde ferner einstimmig folgende Entschließung zu den verfassungsrechtlichen Forderungen der Bayerischen Volkspartei angenommen: Die Deutsche Demokratische Partei in Bayern ist sich bewußt, daß die Zeit zu durchgreifenden, zu schweren Parteikämpfen führenden Verfassungsänderungen angesichts der Lage im Reich und im Hinblick auf die wirtschaftlichen Nöte des Volkes außerordentlich ungünstig ist.

Hierauf wurde der Parteitag mit einer Ovation für Bayern und das deutsche Vaterland geschlossen.

England und der Schandvertrag

Hendersons Rede. — Macdonalds Antwort.

Vor einigen Tagen hielt der englische Innenminister eine Rede, in der er die Revision des Schandvertrags von Versailles forderte.

Hendersons Rede,

die in der Forderung gipfelte, daß man, sobald wie möglich, dazu übergehen müsse, auf einer internationalen Weltkonferenz oder auf einer Versammlung des Völkerbundes den Frieden von Versailles zu revidieren, war auf drei Thesen aufgebaut:

1. Der Friedensvertrag verstößt gegen alle tatsächliche wirtschaftliche Logik, indem Deutschland ganz ungewöhnliche Zahlungen auferlegt wurden.

2. Die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages verletzen ureigene Traditionen und tiefgehende nationale Gefühle und ausschließlich zu dem Zweck, damit der Grundsatz erfüllt wird: „Dem Sieger gehört die Beute."

3. Aus diesen beiden Gründen verletze der Friedensvertrag nicht nur die Bedingungen, die zwischen dem Präsidenten Wilson und der deutschen Regierung vor Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen vereinbart worden seien, sondern auch alle Zusagen, die die Staatsmänner der Alliierten von 1915 bis 1918 ihren Völkern über den zu erstrebenden „Frieden durch das Recht" gemacht hätten.

wtb. **London,** 25. Febr. Im Unterhause fragte Lloyd George den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der von dem Minister des Innern Henderson am Sonnabend in Barnler gehaltenen Rede gelenkt worden sei, in der dieser zum Ausdruck gebracht habe, daß es die Absicht der Regierung sei, Schritte zu tun, um den Vertrag von Versailles in verschiedenen Kardinalbeziehungen abzuändern, ob diese Erklärung die Politik der Regierung darstelle, und wenn ja, welche Schritte die Regierung zu unternehmen beabsichtige, um diese Politik durchzuführen, und ob sie ihre Absichten den anderen Unterzeichnern des Vertrages mitgeteilt habe.

Premierminister Macdonald erwiderte, die Haltung und Absicht der Regierung sind in der Erklärung zum Ausdruck gebracht worden, die ich dem Hause abgegeben habe, und keinerlei Veränderung hat stattgefunden.

Der frühere Unterstaatssekretär des Aeußern Mc. Neill fragte hierauf, ob die von Henderson abgegebene Erklärung den Beschluß des Kabinetts ausdrücke oder nur eine private Ansicht sei. Macdonald antwortete, es sei kein Beschluß der Regierung, der gefaßt worden ist außer in Uebereinstimmung mit der Erklärung, die er selbst abgegeben habe.

Auf die Frage eines Parlamentsmitgliedes, ob Macdonald erklären könne, wann man einen Bericht über den Besuch des Generalkonsuls Clives in der Pfalz erhalten könne, erwiderte der Premierminister, die Hauptpunkte des Berichtes seien dem Unterhause seinerzeit durch Mc. Neill mitgeteilt worden.

Für den deutschen Mittelstand.

Rettet die geistigen Berufe!

Im Reichstagsgebäude fand Sonntag in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, verschiedener Minister, der Vertreter des Reichstages, der Behörden und Landesregierungen, der ausländischen Mächte und der deutschen und ausländischen Presse eine eindrucksvolle Kundgebung für den gefährdeten deutschen Mittelstand statt. Die Reden wurden radiotelephonisch 2000 Kilometer weit verbreitet. — Der Reichstagsabg. Dr. Everling, der Vorsitzende des Schutzkartells für die notleidende Kulturschicht Deutschlands, wies darauf hin, was deutsche Wissenschaft, Kunst und Technik allen Völkern gegeben habe. Dieses Geistesleben leide Not, Stätten der Wissenschaft würden abgebaut, Forschungsinstitute seien durch die Geldnot gehemmt.

Reichskanzler Dr. Marx sprach zunächst von den Bemühungen, den ungeheuren Sturz der Wirtschaft aufzuhalten und nach einer hoffentlich der Gerechtigkeit entsprechenden Regelung unseres Verhältnisses zu den Ententestaaten auf Grund des Versailler Friedens auch zu gelangen. Die ganze Welt habe ein großes Interesse an dem Fortbestehen und der Fortentwickung des Geisteslebens, der Wissenschaft, Literatur, Kunst und Technik in Deutschland und müsse teilnehmen an der außerordentlichen schweren Not unserer Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehranstalten aller Art. Die Intelligenz habe aber auch Anspruch darauf, in den weitesten Schichten des eigenen Volkes, namentlich den kapitalskräftigen, Verständnis zu finden und die materielle Unterstützung, die sich nachher wieder in wertvoller Weise in Wirtschaft und Großhandel auswirken werde. Leider seien die Finanzen des Reiches und der einzelnen Länder zu zerrüttet, um dem intellektuellen Teile der Bevölkerung die notwendige Förderung zuteil werden lassen zu können. Alle Maßnahmen müssen auf die Verhinderung einer neuen Inflation gerichtet sein.

Es sprachen noch Dr. Dortfat, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse, Dr. Ludwig Fulda für das freie Schrifttum, Geh. Sanitätsrat Dr. Herzan, der die furchtbare Notlage der medizinischen Wissenschaft, der Krankenanstalten und der einzelnen Aerzte schilderte, Architekt Dr. Siedler und der Hauptgeschäftsführer der Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft Dr. Schairer, der vom deutschen Werkstudententum sprach und für die Hilfe inländischer und ausländischer Wohltäter für die deutschen Studenten dankte.

Die Versammlung nahm schließlich einmütig eine Entschließung in diesem Sinne an.

Herford und Minden-Ravensberg

Wie selten ist der Mensch mit dem Zustande zufrieden, in dem er sich befindet. Er wünscht sich immer den seines Nächsten, aus welchem sich dieser gleichfalls heraussehnt. Goethe.
heraussehnt. Goethe.

26. Februar.

Die Märzmiete.

Die Märzmiete berechnet sich nach der Verordnung des Preußischen Wohlfahrtsministers vom 9. Februar ähnlich wie im Februar. Die Zuschläge betragen insgesamt 28 oder wo die Schönheitsreparaturen vom Vermieter übernommen werden 32 Prozent.

Im einzelnen sind angesetzt: Für Verwaltungskosten, Zinssteigerung, Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 Prozent der Friedensmiete; für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Schönheitsreparaturen 12 Prozent der Friedensmiete, für die Betriebskosten 15 Prozent der Friedensmiete.

Bei Festsetzung eines Sonderzuschlages für große Instandsetzungsarbeiten, welcher nur auf Antrag durch das Einigungsamt festgesetzt wird, dürfen 3 Prozent der Jahresfriedensmiete im einzelnen Falle nicht überschritten werden.

Bezüglich der Betriebskosten ist insofern eine Aenderung eingetreten, als in dem Zuschlag von 15 Prozent die Grundvermögenssteuer nur in der Höhe des staatlichen Satzes plus 100 Prozent Gemeindezuschlag und das Wassergeld nur bis zu 3 Prozent des Friedensmietwertes enthalten sind. Was darüber hinausgeht an Grundvermögenssteuer und an Wassergeld ist auf die Mieter im Verhältnis der Grundmiete besonders umzulegen. Diese Bestimmung gilt auch rückwirkend für den Monat Februar. Reicht der Betriebskostenzuschlag von 15 Prozent für die übrigen Betriebskosten einschließlich staatlicher Grundvermögenssteuer plus 100 Prozent Gemeindezuschlag nicht aus, so kann der nachweisliche Defizit bis zu einem weiteren Höchstbetrag von 3 Prozent des Friedenswertes auf die Mieter angemessig im Verhältnis der Grundmiete umgelegt werden. Die Gemeinden haben für ihren Bereich noch nähere Ausführungsbestimmungen ergehen zu lassen.

hz. **Sturm und Schneewehen.** Das launenhafte Wetter hat sein Gesicht schon wieder verändert. Nachdem es gestern tagsüber getaut hatte und der Sonntagsschnee schon von den Straßen verschwunden war, drehte sich gegen abend der Wind und brachte bei abermaligem Temperaturrückgang neuen Schnee. Zeitweise steigerte sich der scharfe Wind zum Sturm und fegte den feinen Schnee in großen Wehen über Straße und Feld. Irgendwelche Betriebsstörungen bei der Bahn oder der Post sind bisher nicht gemeldet worden, die Früh- und Vormittagszüge liefen

Die Macht der Drei

Ein Roman aus dem Jahre 1955 v. Hans Dominik.

3) **Nachdruck verboten.**

Amerikanisches Copyright by August Scherl, Berlin 1921.

„Mr. Fox, geben Sie den Herren Ihren Bericht über die auswärtige Lage."

Der Staatssekretär des Auswärtigen warf einen kurzen Blick auf seine Papiere.

„Die Spannung mit England treibt automatisch zur Entladung. Seitdem Kanada sich mit uns in einem Zollverband zusammengefunden hat, sind die Herren an der Themse verschnupft. Die Bestrebungen im australischen Parlament, nach kanadischem Muster mit uns zu verhandeln, haben die schlechte Laune in Downing-Street noch verschlechtert. England sieht zwei seiner größten und reichsten Kolonien auf dem Wege natürlicher Evolution zu uns kommen. In Australien geht die Entwicklung langsamer vor sich, seitdem der japanische Druck verschwunden ist. Aber auch dort ist sie unaufhaltbar, wenn es der englischen Macht nicht vorher gelingt, uns niederzuwerfen . . ."

Ein spöttisches Lächeln glitt über die Züge des Flottenchefs.

„In Asien und Südamerika stoßen unsere Handelsinteressen schwer mit den englischen zusammen. Der letzte Aufstand im Jangtsekiangtale war mit englischem Gelde inszeniert. Die afrikanische Union hält bei aller Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit wirtschaftlich fest zu England und läßt nur englische Waren hinein. Unser letzter Versuch, einen Handelsvertrag mit der afrikanischen Union abzuschließen, ist gescheitert. Meines Erachtens treiben die Dinge einer schnellen Entscheidung zu."

Cyrus Stonard hatte während des Vortrages mechanisch allerlei Schnörkel und Ornamente auf den vor ihm liegenden Schreibblock gezeichnet.

„Wie denken Sie über die Entführung des R. F. c. 1?"

Er heftete seine Augen auf den Flottenchef, Admiral Nichelson.

„In der Nähe der Station sind zwei englische Agenten ergriffen worden. Sie leugnen jede Teilnahme."

„Es gibt Mittel, solche Leute zum Reden zu bringen."

„Sie hatten den Strick um den Hals und schwiegen."

„Es gibt wirksamere Mittel . . . Wie lange kann sich R. F. c. 1 in der Luft halten?"

„Die Tanks waren für zwölf Stunden gefüllt. Genug, um in voller Dunkelheit zu landen, wenn es nach Osten geht. Unsere Kreuzer über dem Nordatlantik sind avisiert. Eine Landung in England müßte noch bei Helligkeit erfolgen und würde gemeldet werden."

„Sie halten es für sicher, daß die Entführung auf Betreiben der englischen Regierung erfolgt ist?"

„Ganz sicher!"

„Hm! . . . der Gedanke liegt nahe . . . vielleicht zu nahe . . . Und die anderen Herren? . . . meinen dasselbe . . . hm. Hoffentlich, nein sicherlich haben sie unrecht."

Die Staatssekretäre sahen den Diktator fragend an.

„Der letzte Gamaschenknopf sitzt noch nicht! Ich werde erst losschlagen, wenn ich weiß, daß er sitzt. Das heißt, meine Herren . . ." Die Stimme des Sprechenden hob sich. „R. F. c. 1 muß in Gottes Namen in England landen. Für unser Volk wird es verborgen bleiben, bis es so weit ist."

„Wie weit ist die Verteilung unserer U-Kreuzer durchgeführt?"

„Die ganze Kreuzerflotte liegt auf dem Meridian Island vom 60. bis zum 30. Breitengrad gleichmäßig verteilt."

Admiral Nichelson erhob sich, um die Lage der Kreuzerflotte an einem großen Globus zu demonstrieren.

„Wo stehen die Luftkreuzer?"

„Die leichte Beobachtungsflotte zwischen Island und den Farör. Die Panzerkreuzer liegen seit drei Tagen vor dem grönländischen Inlandeis."

„Die G-Flotte . . ."

„Die Schiffe auf Grönland sind damit ausgerüstet."

Nur dieser Staatsrat wußte um das Geheimnis, daß die neuen Luftkreuzer mit Bomben versehen waren, die nach dem Abwurfe Milliarden und aber Milliarden von Typhus- und Cholerakeimen in die Luft wirbelten. Man hatte bisher keine Gelegenheit gehabt, den Bakterienkrieg im großen Maßstabe zuprobieren. Aber die amerikanischen Fachleute versprachen sich viel davon.

„Die P-Flotte . . .?"

Ein sardonisches Lächeln lief über die sonst so unbeweglichen Züge des Diktators, als er das Wort aussprach. Seit mehr denn Jahresfrist lagen englische Banknoten in Betrage von Hunderten von Milliarden Pfund Sterling in den geheimen Gewölben des amerikanischen Staatsschatzes. Von der Tausend-Pfundnote an bis hinab zu den kleinsten Beträgen. Alles so vorzüglich gefälscht und gedruckt, daß die Bank von England selbst diese Noten echt halten mußte. Die Aufgabe der P-Flotte war es, sofort bei Kriesausbruch diese Unmengen englischen Papiergeldes über die ganze Welt zu verstreuen, wo England Handel trieben und englisches Geld Kurs hatte. Die Schnelligkeit dieser Flotte mußte das englische Geldwesen in

Herford ohne Verspätung ein. Zur Stunde hält der feine Schneefall noch an.

= **Die westfälische Polizeistunden-Verordnung durch ein Gerichtsurteil ungültig erklärt.** Die Polizeistundenverordnung des Oberpräsidenten vom 4. Mai 1923 ist lt. Münst. Anz. durch Urteil der Berufungsstrafkammer des Landgerichts Münster am Freitag für ungültig erklärt. Der Beklagte war der Zwei-Löwen-Club, vertreten durch seinen Vorsitzenden. Die Verordnung vom 4. Mai richtete sich bekanntlich in erster Linie gegen die geschlossenen Gesellschaften. Es hieß in der damaligen Verordnung: „Die geschlossenen Gesellschaften, Klubs usw. sind nunmehr den allgemeinen Bestimmungen über die Polizeistunde und der Einschränkung der Vergnügungen unterworfen." Die Entscheidung kommt also nur für die Gesellschaften und Klubs in Frage, nicht aber für den allgemeinen Polizeistundenschluß, denn er war durch frühere Verordnungen (31. Okt. 1922 und 26. Jan. 1923) festgelegt. Die Verordnung vom 4. Mai war nur eine die geschlossenen Gesellschaften usw. treffende Verschärfung, die auf Grund der Reichsnotverordnung vom 24. Februar 1923 erlassen war, zu der aber die preußische Ermächtigung erst nach dem 4. Mai ausgesprochen wurde. Daher die Begründung im Urteil, daß die Verordnung vom 4. Mai zu früh erlassen sei. Die Frage, ob die beiden grundlegenden Verordnungen vom 31. Oktober 22 und 26. Januar 23 rechtsgültig seien oder wegen mangelnder, dem Gesetz entsprechender Strafandrohung der Rechtsgültigkeit entbehren, bedurfte für das am Freitag gefällte Urteil keiner Entscheidung. Wir fassen die Rechtslage dahin zusammen: für die Allgemeinheit bleibt es vorläufig bei der 11 bezw. 12 Uhr-Polizeistunde, die geschlossenen Gesellschaften und Klubs könnten ja nach dem Urteil jetzt die Verordnung vom 4. Mai ignorieren. Inzwischen hat der Provinzialrat sich bereits am Sonnabend mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen: Die Polizeistunde wird vom 1. März ab allgemein auf 12 Uhr verlängert, in Ausnahmefällen bis 2 Uhr.

hz. **Ein Busse-Gedenkstein bei Heidelberg.** In letzter Zeit stieß man hier und auch andernorts häufiger auf Gerüchte, nach denen sich in der Heidelberger Mordsache neue Spuren ergeben hätten und Sieferts Täterschaft angezweifelt werden müßte. Diese Gerüchte sind vollkommen gegenstandslos und entbehren jeglicher Unterlage, wie wir von dem Oberstaatsanwalt in Heidelberg erfahren. Dagegen wird es nicht allgemein bekannt sein, daß das Korps „Vandalia", dessen Alter Herr Oberbürgermeister Busse gewesen ist, an der Mordstelle einen Busse-Gedenkstein aus Odenwälder Rotsandstein hat errichten lassen. Unweit davon befindet sich merkwürdiger Weise bereits ein Busse-Stein, gleichfalls vom Korps „Vandalia" aufgestellt. Er soll die Erinnerung festhalten an einen Studenten Busse, der vor etwa zwanzig Jahren bei einer Schloßbeleuchtung aus dem Boot fiel und den Tod in den Fluten des Neckars fand.

hz. **Rohe Zerstörungswut** hat sich wieder einmal ausgelassen in unserm herrlichen Stadtwalde. Dort sind unterhalb der Walderholungsstätte in letzter Zeit von gemeinen Burschen nicht weniger als drei Sitzbänke zerstört und zum Teil verschleppt. Die Stadtverwaltung stellt eine hohe Belohnung auf die Entdeckung der Rüpel aus. Im übrigen wird man wohl dazu übergehen müssen, eine andere Art von Bänken aufzustellen, die widerstandsfähiger sind.

hz. **Eine Stadtverordnetensitzung** findet am nächsten Freitag statt. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung erstrecken sich auf Schulfragen.

p. **Die Militär-Versorgungsgebührnisse** für März werden Mittwoch, den 27. d. Mts., gezahlt. Die nicht abgehobenen Gebührnisse werden künftig den Empfängern nicht mehr ins Haus gebracht, sondern nach Ablauf einer kurzen Frist dem Versorgungsamt zurücküberwiesen.

hu. **Jungdeutscher Orden.** Man schreibt uns: Die Gefolgschaft Neustadt des Jungdeutschen Ordens veranstaltete am Sonnabend in Brinkmanns Saal einen Familienabend, der sehr gut besucht war. Besonderen Beifall erntete die heimische Sängerin Frl. Strunk, die sich in dankenswerter Weise in den Dienst der Sache gestellt hatte.

hz. **Blinde Passagiere.** Von Bahnbeamten wurden aus einem Dortmunder Zuge drei junge Leute, die ohne Fahrkarten die Reise von Hamm nach Herford gemacht hatten, herausgeholt. Die Bahnhofs-Polizeiwache nahm sich der blinden Passagiere an und setzten sie hinter Schloß und Riegel. Ein Strafprozeß wegen Betruges wird wohl das bittere Nachspiel sein.

hz. **Festgenommene Schwerverbrecher.** Dieser Tage griff die Polizei zwei verdächtige Männer auf, die sich nachher als schwere Jungen aus Bielefeld entpuppten. Sie wurden schon von mehreren Staatsanwaltschaften steckbrieflich gesucht. Ihre letzte Untat führten sie in Retzen bei Schötmar aus, wo sie bei einem Schuhmachermeister einbrachen und Leder sowie Stiefel in erheblichem Werte stahlen. — Festgenommen wurde auch ein ausgebrochener Sträfling, der noch neun Jahre Gefängnis abzusitzen hat.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Meerbeck. Vermutlich durch mit Streichhölzern spielende Kinder verursacht, ist hier die Scheune des Landwirts Wömpner ein Raub der Flammen geworden. Leider ist hierbei auch das 4jährige Kind des Besitzers in den Flammen umgekommen. Das Feuer hat dem Kinde den Ausgang versperrt. Der Vater des Kindes versuchte es zu retten, konnte aber durch die Flammen nicht durchdringen, sondern mußte selbst schwer verbrannt die Rettung aufgeben. Die in der Scheune befindlichen Vorräte sind sämtlich verbrannt.

Osnabrück. Die Aushebung einer großen Falschmünzer-Werkstatt ist zwei Osnabrücker Kriminalbeamten in einem Forsthause bei Bosseborn (Kreis Höxter) gelungen. Auf die Spur führte die am 16. Febr. in Osnabrück erfolgte Verhaftung eines jungen Menschen, Kirchhoff aus Ottbergen bei Höxter, der einen gefälschten 100-Billionenschein einzuwechseln suchte. In dem von dem Forstbeamten Wild bewohnten, einsam im Walde bei Bosseborn belegenen Hause wurde dann ein großer Stapel Papierbogen, die zur Herstellung des Falschgeldes benutzt waren, gefunden; später fand man im Walde auch die Werkzeuge, Presse, Walzen, Farbe usw. unter Dachpappe versteckt. Der Forstbeamte Wild, der Lithograph Albers, die Steindrucker Bilke und Gierzewski, alle drei aus Höxter, ebenso der in Osnabrück festgenommene Kirchhoff kamen hinter Schloß und Riegel. Die drei eigentlichen Unternehmer Bödeker aus Dortmund, Stammel und Leiser aus Köln haben sich leider der Verhaftung durch die Flucht entziehen können. Die Falschmünzer haben etwa 100 000 Falschnoten zu 100 Billionen hergestellt, wovon etwa 10 000 Stück beschlagnahmt worden sind. Von dem Rest ist ein großer Posten in Köln, Düsseldorf und im übrigen besetzten Gebiet in den Verkehr gebracht. Auch die englische Barcley-Bank in Köln hat für 2000 englische Pfund dieser Noten von den Fälschern angekauft, weil sie die Fälschung nicht erkannt hatte. Auch die Besatzungstruppen sind mit großen Werten von Dollar und Pfunden durch den Ankauf der Falsifikate geschädigt. Eine große Partie der Noten, von denen einzelne Stücke auch in Osnabrück umlaufen, wurde im Rhein treibend gefunden.

Wirtschaftsleben

Dollar = 4,2 Billionen.

Berlin, 25. Febr. In einer Reihe von Devisen haben die Anforderungen zum Wochenbeginn eine weitere Zunahme im Durchschnitt etwa von 10 Prozent erfahren. Es ist festzustellen, daß die Ablieferungen an Exportdevisen wieder etwas reichlicher fließen und im großen und ganzen dem Mehrbedarf etwa die Wage halten.

Die Kursfeststellung erfolgte wie am Sonnabend auf Basis von 4,2 für Kabel Newyork und 18,15 für London. Dementsprechend wurden die übrigen Kurse berechnet, die nennenswerte Veränderungen nicht erkennen ließen. Auch die Zuteilung hielt sich in den letzttägigen Grenzen.

Berliner Börse vom 25. Februar.

Ein etwas freundlicherer Grundton war heute an der Börse nicht zu verkennen. Die Kurse waren zunächst in ihrer Mehrzahl gut behauptet, ja, zum größten Teil leicht gebessert. Freilich hielt sich das Geschäft von Anfang an in sehr engen Grenzen. Im Verlauf war lediglich auf einigen Spezialgebieten, so in Valutapapieren, ferner in Montanwerten und Kaliaktien nennenswertes Geschäft zu verzeichnen. Auf diesem Gebiete blieb die Tendenz allgemein behauptet.

•

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 25. Febr. Die heutige Berliner Produktenbörse verkehrte in leicht befestigter Haltung. Das Angebot der Provinz blieb knapp. Bei Brotgetreide konnte die festere Tendenz nicht voll zur Auswirkung kommen, da der Streik der Berliner Großmühlen weiter andauert. Dagegen konnten Gerste und Hafer ihre Position nicht unwesentlich verbessern, da sich die Nachfrage ziemlich rege gestaltet. Namentlich nach guter Braugerste herrscht lebhafter Verkehr.

Es notierten in Rentenmark für 1 Tonne bei Getreide, für einen Doppelzentner bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln: Weizen märk. 164—170, mecklenb. 160 bis 165; Roggen märk. 134—139, pomm. 130—134, westpr. 130 bis 132; Braugerste 162—178, Sommergerste 142—155; Hafer märk. 110—115, pomm. 107—112, westpr. 103—107; Weizenmehl 25,50—27,25; Roggenmehl 21,75—23,75; Weizenkleie 8,50; Roggenkleie 7; Raps 2,90—2,95; Leinsaat 415—435; Viktoriaerbsen 27—28; kleine Speiseerbsen 17 bis 19; Futtererbsen 13—14; Peluschken 12—13; Ackerbohnen 13,5—14,5; Wicken 13—14; Lupinen blaue 14 bis 14,5, gelbe 15—16,5; Seradella 13—14;; Rapskuchen 10,6 bis 10,8; Leinkuchen 21—22; Trockenschnitzel 8; vollwert. Zuckerschnitzel 16—22; Torfmelasse 8, Kartoffelflocken 16,40 bis 16,90.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Fr. Kuhle; für die Anzeigen: Fr. Bierstedt; beide in Herford.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Bezieher noch der Inserent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

Bekanntmachung.

1. Alle Steuerpflichtigen mit einem Einkommen aus dem Betriebe einer **Land-, Garten- und Forstwirtschaft** haben ohne besondere Aufforderung bis zum 29. Februar 1924 eine Vorauszahlung für das erste Vierteljahr 1924 auf die **Einkommensteuer** 1924 zu leisten und zwar in Höhe von 1 Goldmark für je 1000 *M* des für die **Landabgabe** maßgebend gewesenen Vermögenswertes, sofern nicht dem Pflichtigen eine andere Mitteilung des Finanzamtes zugeht.

Für **Pächter** mindert sich diese Vorauszahlung um 10 Prozent der Pacht für das gleiche Kalendervierteljahr.

2. Zum 29. Febr. haben ferner alle Vermögenssteuerpflichtigen eine Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer in Goldmark zu leisten. Diese Vorauszahlung beträgt:

a) bei den Erwerbsgesellschaften, bei welchen bis dahin die Steuerwerte ihrer Anteile (Aktien, Kuxe usw.) Genußscheine und Schuldverschreibungen bekanntgegeben worden sind, die Hälfte des Jahresbetrages, der als Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1924 nach der zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 in Goldmark zu zahlen ist;

b) bei den übrigen Erwerbsgesellschaften das Sechsfache des zweiten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe nach einem Umrechnungssatz von 1 Billion in Goldmark umgerechnet, d. i. für je 1000 Papiermark des Grundbetrages der Brotversorgungsabgabe 1,17 Goldmark;

c) bei allen anderen Steuerpflichtigen, insbesondere den natürlichen Personen, das Dreifache des zweiten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe in Goldmark umgerechnet, wie zu b) angegeben, d. i. für je 1000 Papiermark des Grundbetrages 58½ Goldpfennig.

3. Die zu zahlenden Goldmarkbeträge sind auf volle 5 Goldpfennige nach unten abzurunden.

4. Die Verpflichtung zur Leistung der Vorauszahlungen ist unabhängig von der Zusendung einer Zahlungsaufforderung des Finanzamtes.

5. Falls ein Steuerpflichtiger sich die fälligen Beträge nicht selbst errechnen kann, erteilt das Finanzamt gern mündlich oder schriftlich (Rückmarke) jede gewünschte Auskunft.

Herford/Bünde, 25. Februar 1924.

Finanzamt.

---

gen Tagen vollkommen zerrütten. Aber die P-Flotte war noch ein schwereres Staatsgeheimnis als die G-Flotte. Die englischen Agenten hatten nur herausbekommen, daß sie für Propagandazwecke bestimmt sei und im Falle eines Krieges in großen Massen die zuerst von Woodrow Wilson in die Kriegführung zivilisierter Nationen eingeführten Traktätchen über den feindlichen Linien abzuwerfen hätte.

„Die P-Flotte übt zwischen Richtmond und Norfolk", sagte Admiral Nichelson trocken.

Jedermann im Saale wußte, daß dieser Standort fünfzehn Flugminuten von den Gewölben des Staatsschatzes entfernt war.

Cyrus Stonard nahm das Wort von neuem.

„Wie lange wird es noch dauern, bis unsere Unterwasserstation an der afrikanischen Küste vollkommen gesichert ist. Die Frist ist bereits seit einer Woche abgelaufen."

Bei diesen nicht ohne Schärfe gesprochenen Worten erhob sich der Flottenchef unwillkürlich.

„Die Schwierigkeiten waren größer, als vorauszusehen war, Herr Präsident."

„Können Sie ein bestimmtes Datum angeben?"

„Nein. Doch dürfte es auf keinen Fall länger als bis zum Ablauf dieses Monats dauern."

„Hm . . dann also, meine Herren . . .dann wird man R. F. c. 1 zur geeigneten Zeit in England landen sehen."

Ein Adjutant trat ein und flüsterte dem Präsidenten ein Wort ins Ohr.

„Gut, ich komme."

Der Präsident erhob sich. Die Sitzung war beendet.

*

Aus dem blauen Mittagshimmel schoß ein silbern schimmernder Punkt auf das Weiße Haus in Washington zu, wurde größer, zeigte die schnittigen Formen eines Regierungsfliegers und landete sanft auf dem Dach des Gebäudes.

Als einziger Passagier verließ Dr. Edward F. Glossin die Maschine. Den linken Fuß beim Gehen leicht nachziehend schritt er an den martialischen Gestalten der Leibgarde vorbei. Auf den Treppenabsätzen und in den Korridoren standen die baumlangen blonden Kerle aus den westlichen Weizenstaaten in ihren malerischen Uniformen. Sie hielten die Wache um den Präsident-Diktator wie früher die Grenadiere der Potsdamer Garde um die preußischen Könige oder die Einseiten um Oliver Cromwell.

Im Vorzimmer traf der Doktor den Adjutanten des Diktators und ließ sich melden. Nur eine knappe Minute, und der Diktator trat aus dem Sitzungssaale und stand vor ihm. Nach flüchtigem Gruß hieß er ihn in sein Arbeitszimmer mitkommen.

„Wer ist Logg Sar?"

Dr. Glossin fühlte die unbestimmte Drohung, die in der Frage lag, und trat einen Schritt zurück.

„Loog Sar ist . . . Silvester Bursfeld."

Tiefes Erstaunen malte sich auf den Zügen Stonards.

„Bursfeld? . . . der im englischen Tower gefangen saß?"

„Nein, sein Sohn. Der Vater hieß Gerhard."

„Mein Gedächtnis ist gut. Sie haben mir von einem Sohne Gerhard Bursfeld nie gesprochen. Warum nicht?"

„Ich weiß es selbst erst seit drei Monaten."

„Und ich erfahre es erst heute?"

Cyrus Stonard trat dicht an den Doktor heran. Ein Blick traf ihn, der sein Gesicht noch eine Nuanze blasser werden ließ.

„Erklären Sie!"

„Es war vor ungefähr drei Monaten . . . Ich hielt mich einige Zeit in Trenton auf, um in meinem Laboratorium im Hause einer Mrs. Harte an einem Versuch zu arbeiten. Eines Tages kommt ein junger Ingenieur, der in den Staatswerken von Trenton beschäftigt ist, zu Mrs. Harte und erkundigt sich nach ihren Familienverhältnissen. Dabei stellt sich heraus, daß der verstorbene Mann der Mrs. Harte ein Stiefbruder von Gerhard Bursfeld war."

„Ihre Erzählung scheint darauf hinauszuwollen, daß der junge Ingenieur der Sohn von Gerhard Bursfeld ist. Warum nannte er sich Logg Sar?"

„Auf Logg Sar lauten seine Papiere. Für die Welt und für ihn beruht alles andere auf Vermutungen. Für mich ist der Beweis erbracht."

Liefern Sie ihn mir!"

„Sie erinnern sich an meinen früheren Bericht über die Sache, Herr Präsident. Heute kenne ich seine Fortsetzung. Nachdem Gerhard Bursfeld die unfreiwillige Reise nach England gemacht hat, verschwindet er für immer im Tower. Sein Weib flieht mit ihrem kleinen Knaben in die kurdischen Berge. Unterwegs schließt sie sich einer Karawane an. Kaufleute, Priester und was sonst in Karawanen nach Mittelasien zieht. Die junge Frau ist den Strapazen des langen Weges nicht gewachsen. Irgendwo auf der Strecke zwischen Bagdad und Kabul wurde sie bestattet. Ein tibetanischer Lama, der in sein Kloster zurückkehrt, nimmt sich der Sterbenden an. Ihm übergibt sie ihren Knaben, macht ihm zur Not dessen Namen verständlich . . ."

„Etwas schneller, wenn's beliebt, Herr Doktor!"

„Der Lama nimmt den Knaben mit in sein Kloster Pankong Tzo und erzieht ihn in den Lehren Budhas. Als der Knabe vierzehn Jahre alt ist, besucht eine Expedition schwedischer Gelehrter das Kloster. Der junge Europäer fällt auf. Von einem der Mitglieder der Expedition, dem Ethnologen Olaf Truwor, wird er mit nach Schweden genommen, wird mit dessen Sohn zusammen erzogen, wird wie dieser Ingenieur . . ."

Fortsetzung folgt.

25 JAHRE

1899 ★ 1924

HERMANN HERZFELD

Ein Merkstein in der Geschichte meines Hauses.

Meiner werten Kundschaft danke ich für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen. Ich werde auch fernerhin alles aufbieten, um mir das Vertrauen und Wohlwollen zu erhalten!

Für die Zeit vom 26. Februar bis 1. März einschl.

20% Rabatt

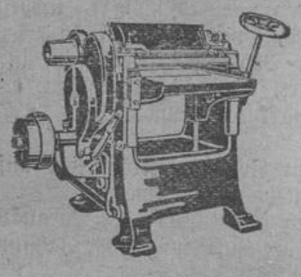
auf sämtliche Toiletten- und Parfümerie-Waren!

Marken-Artikel sind davon ausgeschlossen.

W. Paetzold, Friseur
Radewigerstrasse 3.
Beachten Sie bitte mein Schaufenster!

H. Hüsemann & Goretzky, Herford i. W.

Werkzeuge und Maschinen



für Holzbearbeitung
Ia. Fabrikate
preiswert,
sof. lieferbar.

Wir suchen
Loch- und Plattstich-Stickerinnen, Hohlsaum-Näherinnen
sowie einige
gewandte Mädchen
nicht unter 17—18 Jahren.
J. Elsbach & Co., A.-G.

Suche zum baldigen Antritt noch
Schneider-Gehilfen
Es wollen sich nur ältere, ganz erfahrene Kräfte melden, welche hohen Ansprüchen einer verwöhnten Kundschaft gerecht werden können. Bei entsprechenden Leistungen unbegrenzte Verdienstmöglichkeit. Dauernde Beschäftig.
W. Wellmann, Schweicheln 158
Damen- und Herren-Moden.

Einfamilienhaus oder Villa

am liebsten am Wall zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 986 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Lehrling

für
Orthopädie-Mechanik
für sofort od. später gesucht.
Zu erfragen
Radewigerstraße 35.

Junge Dame

für Buchhaltung (amerik. Buchführung) per sofort gesucht.
Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften unt. 997 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin

Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

---

23. (249.) Preuss. Südd. Staatl. Klassen-Lotterie.

Neuer Plan: 300 000 Lose mit 102 000 in 5 Klassen verteilten Gewinnen und 1 Prämie im Gesamtbetrage von über **19 Millionen Rentenmark.**

Grösster Gewinn im günstigsten Fall: 1 Million Rentenmark.

1 Gewinn zu	500000 R.-M.	6 Gewinne zu je	10 000 R.-M.
1 Gewinn zu	300000 R.-M.	3 Gewinne zu je	75000 R.-M.
1 Gewinn zu	200000 R.-M.	10 Gewinne zu je	50000 R.-M.
1 Gewinn zu	150000 R.-M.	10 Gewinne zu je	25000 R.-M.

38 Gewinne zu 10000 usw. usw.

Ziehung 1. Klasse am 7. März 1924

Neue Lospreise:	1/8	1/4	1/2	1/1 Los
für jede Klasse	M. 3.—	6.—	12.—	24.—
für alle 5 Klassen	M. 15.—	30.—	60.—	120.—

Lose vorrätig bei den Staatl. Lotterie-Einnehmern zu Herford:

Modersohn, Schillerstrasse 10, Fernruf 424.
Wessel, Unter den Linden 27, Fernruf 764.

Mädchen

für leichte Hausarbeit auf halbe Tage für sofort gesucht.
Brüderstraße 3.

Näherei-betrieb

in **Bielefeld**
sucht
Arbeit in Loden- u. Berufskleidung
auch mit Zuschnitt.
Angeb. unt. 989 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Malerlehrling

zu Ostern gesucht.
Gustav Hempelmann,
Malermeister,
Leopoldstraße 10.

Besitzung

im Innern der Stadt und
Wohnhaus
mit zwei großen neuen Werkstätten (Werkstätte 150 qm groß, gute Einfahrt) geeignet für jede Fabrikation, sofort
zu verkaufen.
Angeb. unter 1104 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Einfamilienhaus oder Etage

am Wall oder sonst in ruhiger Gegend der Stadt zu tauschen gesucht gegen Einfamilienhaus mit Garten
Schriftl. Angebote unter 985 an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Möbeleinlagen, Wandfliesen, Fußbodenplatten
Hugo Volmer,
Baumaterialien-Handlung,
Deichtorstraße 5.

Haus

mit Garten
zu verkaufen.
Credenstrasse 7.

Ein
Milch-Schaf
(tragend)
hat abzugeben
Eimterstraße 66.

LICHTSPIELHAUS
„WITTEKIND"

Vom Dienstag bis Donnerstag
sind wir in der angenehmen Lage, mit der **Aufführung** eines Filmes mit

Henny Porten



herauszukommen.
HENNY PORTEN zeigt sich heute in einem dem Leben entnommenen Motiv:

INGE LARSEN.

Das Drama einer von den Menschen verkannten liebenden Frau
in **5 hervorragenden Akten.**
Geschrieben von Professor **Dr. Carl Vollmoeller.**

Seit mehreren Jahren hat HENNY PORTEN ihrer grossen Anhängerschaft keinen Film aus dem modernen Leben mehr gebracht. ANNA BOLEYN, DIE LIEBE EINER KOENIGIN, und so mancher andere lagen auf historischem Gebiete! Heute zeigt sich HENNY PORTEN einmal wieder in ihrer ursprünglichen Art — in der Art, in welcher sie sich ihren grossen Namen geschaffen hat. Sie spielt die Hauptrolle in einem rührenden Volksstück, in dem sie das schlichte Kind aus dem Volke mit dem goldenen Herzen darstellt.

Dazu:

„Rote Spuren"

Kriminalnovelle in 4 Akten mit **Viggo Larsen** und **Grita van Ryt.**

Vorher:

„ER" steigt nach.

Amerikanische Groteske mit **Harrald Lloyd** genannt „ER".

Brockmanns Berggarten

Morgen, Mittwoch
Familien-Kaffeekränzchen

Mädchen

für halbe Tage
zu sofort gesucht.
Ashoff,
Mittelkindstraße 8.

Gute
Krankenweine
empfiehlt vorteilhaft die
Drogerie Reese,
Lübbertr.

Chaiselongue- und Sofa-Beschlag

in erstklassiger Ausführung liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen
Stanzwerk G. m. b. H., Wetter (Ruhr).

Bekanntmachung.

Meinen Patienten zur gefl. Kenntnis, daß meine Sprechstunden jetzt in meiner Privatwohnung, Lehmstich 9, stattfinden. Auswärtige werden gebeten, möglichst vormittags bis 12 Uhr oder aber auch am **Donnerstag nachmittag** vorzusprechen.

Es kommen insbesondere **Nerven-, Magen- und Nierenleiden zur Behandlung.**

Gallensteine entfernt in 2 Tagen (Garantie) **Haut- und Harnleiden, Rheumatismus, Kropf, Kopfschmerzen, Husten, Grippe, offene Beine, Frauen- und Kinderkrankheiten, Haarausfall usw.,** sowie sämtl. anderen Krankheiten nach eigenem erfolgr. Verfahren! **Viele Gehei**

H. Schröder, Bielefeld.